Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 19553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 19. November 1926 — Nummer 258

„Programm" oder Manöver?

Fleißner redivivus — Die SPD schlägt ihn als Ministerpräsidenten vor

Ein Dokument der Halbheit

Reklameforderung aber kein Kampfwille — Ohne Landtagsauflösung gibt es keine Arbeiterpolitik

Dresden, 19. November.

Während einerseits ein Teil der linkssozialistischen Führer die Agitation für die Koalitionspolitik bereits ganz offen einleitet — die „Dresdner Volkszeitung" versucht sich schüchtern auf die „Privatmeinungen" einiger Personen oder Redaktionen herausreden —, rüstet sich andererseits das Kleid der sächsischen Sozialdemokratie zu dem „bestechenden" Manöver, in diesem Landtag mit seiner bürgerlich-aktivistischen Mehrheit eine sozialdemokratische Regierung zu „probieren". Fleißner seligen Angedenkens soll den neuen Regierungschef spielen. Gestern veröffentlicht die sächsische SPD-Presse sogar in sensationeller Aufmachung ein „Regierungsprogramm". Wir werden auf die Forderungen dieses „Programms" morgen ausführlich eingehen. Heute begnügen wir uns mit der Feststellung, daß es in allen wesentlichen Fragen — Polizei, Justiz, Erwerbslosenfürsorge, Kampf gegen Betriebsstillegungen und Mietenfragen, wie der Trennung von Kirche und Staat — an Stelle der klaren proletarischen Mindestforderungen der Kommunisten nur

verschwommene und halbe Kautschukformulierungen

legt, die sich jeder nach Belieben „auslegen" und zurechtschieben kann. Nur ein einziges Beispiel — von Dutzenden — wollen wir hier anführen. Es ist in dem SPD-Programm davon die Rede, daß die staatlichen Unternehmungen zu „sozialen Musterbetrieben" ausgestaltet werden müßten. Das klingt ganz schön. Was aber wird praktisch darunter verstanden? Zwar soll der Achtstundentag wieder eingeführt werden. Davon aber, daß die Bergarbeiter und die Arbeiter staatlicher Chemiebetriebe den Siebenstundentag zugebilligt erhalten müssen, ist keine Rede. Ebensowenig steht auch nur ein Wort von der selbstverständlichen Forderung der allgemeinen Lohnerhöhung in den Zigeunerversuchen zu lesen, oder von einer entsprechenden Anwendung an die Schlichter bei Lohnforderungen der Arbeiterschaft in der Privatindustrie. Was bleibt also von den „sozialen Musterbetrieben" und vom „Schutz der Arbeitskraft" bei näherer Betrachtung übrig?

Nichts als die Phrase!

Der ganze Charakter dieses Programms der Halbheit spiegelt die Ideologie der schwankenden linksreformistischen Führergestalten und ihre Politik des „halb und halb" wieder. Besonders typisch ist das Kommentar der „Dresdner Volkszeitung", das nicht anderes darstellt, als eine Selbstanpreisung der „linken" Führer an die Adresse des Bürgertums für künftige Koalitionszwecke. Dort heißt es u. a., die Sozialdemokratie sei

„sich darüber klar, daß sich das Land Sachsen bei Gesetzgebung und Verwaltung streng an die Grenzen halten muß, die ihm durch die Reichsregierung gezogen sind. Die Sozialdemokratie hat sich stets als treueste Hüterin der Reichsverfassung bewährt, und auch die sächsische Sozialdemokratie wird bei allem, was sie tut, die Grundsätze der Reichsverfassung auf das sorgfältigste wahren".

Jeder sozialdemokratische Arbeiter wird ohne weiteres wissen, daß es zwischen der „verfassungstreuen" Liebedienerei und dem „Hinein in den Staat"-Geschrei des „Vorwärts", wie auch den üblichen Staatsbejahungsschalmeien des „Volksstaats" nicht den mindesten Unterschied gibt. So kann man mit Fug und Recht sagen: Schon der Kommentar der linken SPD-Presse selbst richtet ihr „Regierungsprogramm".

Aber wir fragen weiter: Ist denn wenigstens dieses Programm ehrlich gemeint? Will die linke Führerschaft wenigstens diese lendenlahmen Forderungen mit Hilfe der Kommunisten wirklich durchführen?

Es ist klar, daß die Kommunisten helfen würden, wo es sich auch nur um das kleinste Zugeständnis, den kleinsten Erfolg für die Arbeiterschaft handeln würde.

Aber die sozialdemokratischen Führer Sachsens glauben so wenig an ihr eigenes Programm, nehmen es so wenig ernst, wie Parteivorstand und Reichstagsfraktion seinerzeit ihre eigenen Anträge über 30prozentige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge. Es ist eine

reine Demonstrationspolitik

ohne die mindeste ernsthafte Spur eines Willens zum Kampf. Daß in diesem gegenwärtigen Landtag, dessen Zusammensetzung schon die Gemeindewahlen — 14 Tage später — konstatierten, nicht einmal das unvollkommene und völlig ungenügende SPD-Programm durchgeführt werden kann, liegt jedem Kind. Eine außerparlamentarische Mobilisierung selbst nur für ihre Forderungen lehnt die SPD-Führerschaft grundsätzlich ab. Die Landtagsauflösung und Neuwahl zwecks Ausschaltung der Altsozialisten ist der SPD gleichfalls ein verhaßter Gedanke.

So bleibt das „schöne" Regierungsprogramm nur ein Fetzen leeres Papier, wie der ganze Regierungsversuch überhaupt eine bloße parlamentarische Komödie, ein bloßes Manöver ist.

Die SPD-Führer Sachsens haben den „bestechenden" Gedanken Paul Lenis mit der Aufstellung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten lediglich betrieben, um mit diesem Manöver vielleicht die sozialdemokratische Schuld an einer kommenden Koalitionsregierung zu verringern und sich reinzuwaschen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber müssen sie beim Wort nehmen. Sie müssen ihren Führern die Frage vorlegen, ob diese bereit sind, mit den Kommunisten die

Landtagsauflösung zu erzwingen.

Ob sie bereit sind, in den Gewerkschaften eine wirkliche Säuberungsaktion vorzunehmen und so die letzten Stützpunkte der Altsozialisten zu beseitigen, ehe die Landtagsneuwahlen stattfinden. Dieser Weg — wie ihn die Kommunisten vom ersten Tag nach der Landtagswahl an als Ausweg zeigten — ist der einzige Weg, der auch nur das geringste Maß der Durchführung proletarischer Forderungen in den Bereich der Möglichkeit rückt.

Diesen Weg verstehen die sozialdemokratischen Arbeiter!

Aber die SPD-Führer verstehen ihn weder, noch wollen sie ihn gehen. Die SPD-Arbeiter müssen ihrerseits die Widerstände der bankrotten rechten wie linksreformistischen Führer brechen! Die allgemeine proletarische Losung muß in ganz Sachsen lauten:

Schluß mit Manövern und Komödiantenspielerei!
Bahn frei für den Willen der Arbeiter!

Der Widerstand der Bergarbeiter ungebrochen

Die Regierungsvorschläge abgelehnt.

London, 19. November. (Eigener Drahtbericht.)

Das Schlußergebnis über die Distriktsabstimmungen im Bergbau hat eine außerordentlich schwierige Lage geschaffen. Mit einer vom Sekretär der Bergarbeiter, Cook, auf rund 100 000 geschätzten Mehrheit haben sich die Bergarbeiter für Ablehnung der Regierungsvorschläge entschieden.

Diese Mehrheit hat sich ergeben, obwohl das am Donnerstag eingelaufene Abstimmungsergebnis des Distrikts Yorkshire mit seinen rund 150 000 Bergarbeitern eine Mehrheit für Annahme der Regierungsvorschläge aufwies. Das noch ausstehende Abstimmungsergebnis des Distrikts Nordwales kann an der großen Mehrheit für die Ablehnung nichts mehr ändern. Wie die vom Bergarbeiterverband eingegangenen Ziffern zeigen, sind es vorwiegend die Distrikte der Exportkohlenförderung, die sich für Ablehnung entschieden haben. Die bürgerliche Presse behauptet angesichts dieses Ergebnisses der Abstimmung, daß der Ausschluß der bereits zur Arbeit zurückgekehrten 300 000 Bergarbeiter von der Abstimmung eine Verfälschung der wirklichen Stellung der Bergarbeiter darstelle. Die weitere Entscheidung liegt nunmehr bei der Delegiertenkonferenz, die am Freitag abermals zusammentritt.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichsrat angenommen

Berlin, 19. November. (Eigener Drahtbericht.)

Im Reichsrat stand gestern der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung zur Debatte. Es wurden eine ganze Reihe von Veränderungen in der Regierungsvorlage angenommen, die die Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, vorsehen. Im Falle eines ungünstigen Arbeitsmarktes (!) soll die Höchstdauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Bei besonders ungünstiger Arbeitslage soll eine besondere Krisenunterstützung an solche Personen gewährt werden, die die Anwartschaft noch nicht erreicht haben oder die schon ausgesteuert sind. Die Kosten für diese Krisenunterstützung trägt zu acht Neuntel das Reich und zu einem Neuntel die Gemeinde. Nach den Beschlüssen des Reichsrats werden 7 Lohnklassen für die Erhebung der Beiträge und die Gewährung der Leistungen geschaffen. Es wird dabei mit einem Anfangslohn von 12 Mark begonnen und mit einem Lohn von 42 Mark aufgehört. Die Vorlage wurde mit Mehrheit angenommen.

Geburtshelfer zur Großen Koalition

Je näher der Tag des Zusammentritts des Sächsischen Landtages heranrückt, um so mehr tritt die Frage der Regierungsbildung in Sachsen in den Vordergrund. Hinter den Kulissen ist der widerliche parlamentarische Schacher bereits lebhaft im Gange. Die ASPS will — die von uns gestern wiedergegebene Erklärung der Altsozialisten zur Regierungsbildung bestätigt das — unter allen Umständen zur Großen Koalition. Die Bethke und Konsorten sind sich mit dem Parteivorstand der SPD darüber vollständig einig, daß dieses für sie erstrebenswerte Ziel unter Einschluß der sächsischen Sozialdemokraten erreicht werden soll. In diesen Bestrebungen erhalten sie jetzt tatkräftige Unterstützung aus den Kreisen der linken sozialdemokratischen Führer. Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen in der linken SPD-Presse, die den Eintritt in die Koalition mit dem Bürgertum fordern. Das jämmerliche Spiel, das von den Linken 14 Tage lang vor den Gemeindewahlen betrieben wurde, geht zu Ende. Die Zeit rückt heran, wo die Frage endgültig entschieden werden muß. Allmählich bekennt einer dieser linken Führer nach dem anderen Farbe. War man während des Wahlkampfes der wichtigen Frage der Koalition gewissenhaft aus dem Wege gegangen, so ist jetzt diesen Agenten des Parteivorstands das Herz von Koalitionsgelüsten derartig voll, daß ihnen der Mund übergeht. Zuerst war es Hugo Efferoth, der in der „Volkszeitung für die Oberlausitz" die Koalition mit dem Bürgertum forderte, nachdem er und mit ihm die „Volkszeitung für Meißen", die durch die Stellungnahme des SPD-Pressedienstes vom Parteivorstand vorgeschriebene Marschroute angedeutet hat. Am gleichen Tage, am 15. November, also ausgerechnet einen Tag nach den Gemeindewahlen, veröffentlicht der linkssozialdemokratische Bürgermeister Klimpel aus Freital in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung unter der Ueberschrift: „Das sächsische Rätsel" einen Aufsatz, in dem er ganz offen die Große Koalition verlangt. Einen Teil seiner Ausführungen haben wir bereits gestern wiedergegeben. Der Artikel Klimpels ist nicht ohne Bedeutung. Klimpel ist kein Unbekannter. Als Bürgermeister von Freital ist er zugleich in der SPD der Spezialist für Gemeindefragen. Seine „Linksheit" beweist Klimpel nicht nur in seiner Gemeindepolitik, er war auch einer derjenigen, die die Verschlechterung der Gemeindeverordnung durch die 23 im Sächsischen Landtag vollständig deckten. Er ist auch der Vertraute jenes Völkel, der neben Bethke als einer der gerissensten Schieber der sächsischen Koalitionsregierung bekannt ist. Klimpel erklärt in seinem Aufsatz, **daß eine sozialdemokratische Minderheitsregierung praktisch nicht in Frage komme** und fährt dann fort:

„Es ist aber eine bedeutsame Zahl Parteigenossen vorhanden, die treu zur SPD stehen, aber aus nüchternen, politischen Erwägungen auf dem Standpunkt stehen, daß eine Koalition mit bürgerlichen Parteien zu bilden ist, wenn eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit nicht zu erzielen ist."

Klimpel bestätigt damit das, was von uns schon sonnbo oft gesagt wurde, nämlich, daß innerhalb der SPD und **in den Kreisen der linken Führer starke Bestrebungen vorhanden sind, nach dem Wunsche des Parteivorstandes auch in Sachsen die Koalition mit dem Bürgertum gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter einzugehen.** Das, was jedoch das Wichtigste an dem Artikel Klimpels ist, das ist sein Erscheinen in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung", die das offizielle Organ der ASPS geworden ist. Die Bethke, Wirth, Franz und Konsorten und mit ihnen im Bunde die rechten Gewerkschaftsführer lassen sich jetzt die Geschäfte von den linksdrapierten Führern besorgen. Bisher haben die sozialfaschistischen Führer in den Gewerkschaften und die Schreibweise der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" Stellung genommen. Um die Opposition abzubiegen, lassen jetzt die ASPS-Leute die Propaganda für die Große Koalition von einem dieser linken Renegaten betreiben.

Jetzt offenbart sich mit aller Offenheit das Spiel mit vertauschten Rollen. Die linken Führer erweisen sich als die bereitwilligsten Helfer zur Großen Koalition. Was den politisch korrumpierten Gesellen der ASPS nicht mehr möglich ist, das glauben die linken Führer zu vollbringen. Das Erscheinen des Artikels des Bürgermeisters Klimpel hat keinen anderen Zweck und Sinn, als den Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Große Koalition zu lähmen.

Die Einheitsfront dieser linken Führer mit den ASPS-Leuten und den rechten Gewerkschaftsführern, wie sie von

SLUB
Wir führen Wissen.